



5771 Leogang Nr. 4
Pinzgau – Land Salzburg

Telefon: +43 (0)6583 / 8223
Telefax: +43 (0)6583 / 8223-83

E-mail: info@leogang.at
Internet: www.leogang.at

Protokoll

Zahl	Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
GV200503	Thomas Trixl	-13	12.05.2005

Sitzung am:	Donnerstag, dem 12. Mai 2005	Beginn:	19:00 Uhr
Ausschuss:	Gemeindevertretung	Ende:	23:35 Uhr
Sitzungsort:	Sitzungssaal - Gemeindeamt	Protokoll Nr.:	GV200503
Einberufer:	Bgm. Helga Hammerschmied		

Anwesende: Bürgermeisterin Hammerschmied Helga, Vizebürgermeister Grundner Kornel, Gemeinderat DI Zehentner Alois, Gemeinderat Morokutti Bernhard, Gemeinderat Scheiber Sebastian, Gemeinderat Mitterer Paul, Gemeindevertreter Grießner Josef, Gemeindevertreter Herzog Sebastian, Gemeindevertreter Ing. Herzog Manfred, Gemeindevertreter Herbst Johann, Gemeindevertreter Zehentner Harald, Gemeindevertreter Hartl Michael, Gemeindevertreterin Hilzensauer Christine, Gemeindevertreter DI Meissner Werner, Gemeindevertreterin Adelheid Pichler, Gemeindevertreter Unterberger Hermann, Gemeindevertreter Quehenberger Alfred
Amtsleiter Hermann Mayrhofer
Bauamtsleiter Mario Payer
Kassenleiterin Johanna Zehentner

Entschuldigt abwesend: Gemeinderat Heinzl Reinhold, Gemeindevertreter Bierbaumer Elias

Nicht anwesend: --

Tagesordnung

Die Sitzung beginnt mit einem kurzen Vortrag zweier HTL-Schüler über das Radweg-Brückenprojekt HARTL über die Leoganger Ache.
19:13 Uhr: Begrüßung durch die Bürgermeisterin.

Nach Einverständnis der Fraktionen werden zusätzliche TOP`s aufgenommen:

- Beschluss Gestaltung Parkplatz Friedhof
- Förderansuchen Berg und Naturwacht.
- Punkt 9 nicht beschlussfähig, da Unterlagen nicht fertig. Vielleicht kann zu einem späteren Zeitpunkt eine Sondersitzung einberufen werden. ÖVP wünscht hierzu trotzdem eine kurze Beratung.
- Wunsch von ÖVP: Förderansuchen für Grukodilfarm soll diskutiert werden.

1. Genehmigung des Sitzungsprotokolles vom 01.03.2005

Seitens beider Fraktionen gibt es keine Einwände.

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 1.3.2005 wird einstimmig genehmigt.

2. Erweiterung des Eisschützenheimes - Information durch Vereinsleitung

Amtsbericht: Obmann Leo Wenger und Johann Wenger als Vertreter des Eisschützenvereines nehmen an der Sitzung teil und werden zu den Erweiterungsplänen informieren, wobei auch die Problematik Ausschank/Bewirtung zur Sprache kommen soll.

Da in einer der letzten Sitzungen kritische Stimmen betreffend eine mögliche Gasthausstimmung laut wurden, entschied die BGM, den Obmann berichten zu lassen.

Herr Leo Wenger berichtet über aktuelle Situation:

Am meisten stört die WC-Situation, besonders bei größeren Veranstaltungen. Die Idee liegt vor, das Eisschützenheim um einen Keller/Lagerraum und darüber mit einer ordentlichen WC-Anlage zu erweitern. Zurzeit sind Teile des Inventars der Eisschützen bei privaten Mitgliedern untergebracht, und auch ein Stall musste angemietet werden.

Die Vertreter des Verbandes sprechen sich eindeutig dafür aus, dass auf keinen Fall eine Wirtshausstimmung entstehen soll, dies zudem unfair gegenüber anderen Vereinen wäre, und es bei der Erweiterung nur um den Platz geht.

Die BGM lobt, dass die Finanzierung der Erweiterung in Eigenregie des Vereines vorgenommen wird.

Die ÖVP hat keine Einwände zur Erweiterung, zumal das Eisschützenheim sicher keine Gastronomie-Konkurrenz wäre. Weiters gibt es bis dato keine Probleme bezüglich Sperrstunden. Ein Lagerraum muss vorhanden sein. Eigenfinanzierung ist lobenswert.

GV Unterberger Hermann:

Unsere Vereine dürfen eine Veranstaltung Jahr machen, daher wurde in der vorhergehenden GV-Sitzung angesprochen, dass die Eisschützen dann das ganze Jahr Einnahmen haben können, und sich andere Vereine benachteiligt fühlen. Zusätzlich spricht er kurz das Parkproblem an (Parken auf Gemeindefstraße). Ein Unterschied zwischen den allgemeinen Vereinen und Eisschützen bleibt somit bestehen.

BGM:

Kann eine Vereinbarung betreffend Ausschank getroffen werden, sodass bei Einwänden der Gastronomie eine Regelung vorliegt?

Herr Wenger Leo:

betont nochmals, dass nur an Mitglieder ausgeschenkt wird. Auch für keine anderen Vereine wird Jause oder was anderes gestellt. Wir wollen keine Konflikte mit Gasthöfen. Eine Ausnahme beim Ausschank besteht höchstens zu Pfingsten. Parken auf Straße wird auch vermieden.

BGM:

Wirtsleute Sonnrain-Vereinbarung gibt es nicht mehr.

GR Zehentner Alois

Bedarf ist da. Darf aber kein Gastbetrieb sein, kein normaler Ausschank. Grundsätzlich herrscht Zustimmung. Initiativen auf Vereinsebene sind zu befürworten.

BGM:

Positiv, da Senioren Nachmittagsbeschäftigung haben. Miete wird geringfügig erhöht. (dzt. €7.--)

Die GV beschließt einstimmig, die Erweiterung des Eisschützenheimes zu genehmigen.

3. Berichterstattung betr. Neugestaltung der Lagerhauszufahrt / Unterführung der B164 - Bericht durch Hans Riedlsperger

Amtsbericht: Die laufenden Verhandlungen könnten bis zum Zeitpunkt der Sitzung so weit gediehen sein, dass konkrete Grundverhandlungen zum Abschluss bzw. zur Beschlussfassung gebracht werden können.

Es ist noch offen, ob die Grundverhandlungen Frick/Lagerhaus bis zum Sitzungstermin abgeschlossen werden können.

Obmann Raiffeisenbank Sebastian Madreiter:

Zufahrt ist eigentlich gut, Verbesserung wäre aber sicherlich zu erreichen. Bei Verhandlungen eigentlich kein Ergebnis, da mit Fam. Frick sehr schwierig. Aber jedoch viele Vorteile, man sollte Grenzen setzen, man kann nicht auf alle Forderungen eingehen.

Direktor Raika Hans Riedlsperger berichtet über Verh. Gestaltung Lagerhauszufahrt:

Grund 1100m² von Fam. Frick. Wird benötigt. 300m² für Straße

Restflächen sollen auch von Raika übernommen werden. Es gibt ein Angebot an Frick, worin landwirtschaftliche Tauschflächen im Verhältnis 1/10 zur Verfügung gestellt werden.

1000m² wären tauschbar seitens der Raika – Fam. Frick hierzu schriftlich durch Anwälte:

Tauschgrundstück akzeptierbar, aber weiterhin im Verhältnis 1/10.

Ablösesumme für die restlichen 100m² beträgt noch ca. €26.000,--.

BGM:

Das Land hat die Preisverhandlungen auch nicht beeinflussen können. Umzutauschender Grund ist nicht sehr attraktiv, deshalb nicht für das Zehnfache realistisch.

ATS 3500,--/m² ist unrealistisch.

Wenn dies nicht zu Stande kommt, kommt auch die Unterführung bei der Bäckerei Ritter nicht.

Das Land bietet noch an, dass Hr. Brandauer kommt, um ein Gespräch zu führen. Dieser war aber schon einmal da und konnte Fam. Frick nicht umstimmen.

Vzebgm. Kornel Grundner:

Auch im Verkehrsausschuss wird dieses Thema schon seit langem diskutiert. Eine Unterführung, sprich eine ordentliche Verkehrslösung am Ortseingang ist zu befürworten.

Wenn die Grund- und Preisverhandlungen mit Familie Frick von Seiten der Gemeinde seit 18 Jahren erfolglos waren, und jetzt auch noch eine schriftliche Stellungnahme betreffend Preisvorstellung der Anwälte vorliegt, wird sich die Haltung der Fam. Frick wahrscheinlich jetzt auch nicht mehr ändern.

Wenn es heuer nicht passiert, passiert es gar nicht mehr.

Vorschlag: Wenn's um 100m² geht, sollten dies eventuell Gemeinde und Raika finanzieren.

Es wäre doch ein tragbarer Preis für ein schöneres Ortszentrum.

Unterführung und damit Wegfall des Schutzweges hat sicher den Wert, dass diese Summe aufgebracht werden kann.

Laut RAIBA-Direktor besteht seitens der Raika eine Chance zur 50/50-Finanzierung, aber Vertragsgebühren können nicht von der Raika getragen werden. Ein Großteil der Vertragskosten trifft ohnehin die Fam. Frick.

GR Zehntner Alois überschlägt Kosten:

€ 20.000.--

Grundrestanteil € 13.000.-- Gemeinde und € 13.000.-- Raika

Vertragserrichtungskosten (sofern diese Anfallen)

Kleiner Restgrundanteil der Gemeinestraße vor dem Lagerhaus geht an Lagerhaus (als Ausgleich für die Grundablöse).

Summe von ca. € 40.000.-- für Gemeinde.

Gesamtprojektkosten liegen nicht vor.

Qualität und Sicherheitsverbesserung soll 40000 Euro wert sein

Die BGM betont, dass eine ansprechendere Gestaltung des Ortseinganges damit verbunden sein wird. Die Finanzierung geht in weitere Beratungen.

Es ergeht - vorbehaltlich der Zustimmung in den Gremien der Raiffeisenbank, und dass Fam. Frick die Zusagen einhält - der einstimmige Beschluss über € 20.000.-- für die Errichtung der Zufahrt zum Lagerhaus, und € 13.000.-- für den 50%-Anteil der Grundablöse von 100m². Die Restfläche Gemeindegeweg vor dem Lagerhaus geht an RAIKA als Beitrag für die Grundablösen.

4. Bericht Überprüfungsausschuss zur Jahresrechnung 2004

Der Vorsitzende des Überprüfungsausschusses, GR Sebastian Scheiber, berichtet über die Sitzung vom 9.5.05:

Die Tagesordnung lautete:

* **Konstituierung ÜA** (Formsache)

* **Kassaprüfung** (die Stände wurden kontrolliert und für richtig befunden)

* **Aufrollung Raiffeisen-Kommunalegebäude-Leasing – Hauptschulbau** (€ 61.000.--

Nachzahlung in Ordnung; Aufrollung Mieta u. Zinsen, Zahlung lt. Vertrag f. erbrachte Leistungen; Weitverrr. Mobilien der Fa. Modl)

* **Jahresrechnung 2004**

Die Jahresrechnung 2004 sehr erfreulich. Jahresergebnis Überschuss € 4.750,56.

Ein kritischer Punkt liegt bei Hauptverwaltung – Bürogestaltung BGM:

Umgestaltung war im Voranschlag nicht verankert – Es gab keine Besprechung.

Darf die BGM € 6.300.-- selbst vergeben? Eine Auftragsvergabe vor Angelobung ist nicht ordnungskonform.

BGM:

Man sollte ein Büro für Amtsantritt gestalten können, besonders wenn man so viel Zeit darin verbringt. Büroumbau war nicht im Budget vorgesehen, da man nicht mit neuem BGM gerechnet hat. Anschaffungen waren:

Neuer PC, Teppich und Vorhänge, keine Möbel.

Auch hier inkludiert ist das Vorhaus (Fenster), Büro Rupert, PC und Netzwerk Amtsleiter € 3.000.-- wären eigentlich als Betriebsausstattung im Voranschlag vorgesehen und buchbar gewesen. Vielleicht spendet es etwas Trost, dass im Bereich Repräsentation viel weniger als im Vorjahr verbraucht wurde. Es wird bemerkt, dass der Umbau sicher erst nach der Angelobung gestartet wurde.

GR Scheiber Sebastian:

Die Aussage sollte keine persönliche Kritik sein. Wir haben uns nicht aufgeregt, wollen das nur anmerken.

Der Schulsachaufwand in der HS beträgt € 580,- pro Schüler. Im Vergleich zu Saalfelden Bhf. (ca. € 491,00) und Saalfelden Markt (ca. € 850,00) ist dies ein guter Wert. Es herrscht sicher eine gute Situation seitens der Betriebskosten.

Auch im Kindergarten liegen die Zahlen unter denen aus dem Vorjahr.

Schwimmbad:

Abgang 2004 € 102.000,00. Hier sind alle Lohnkosten inkludiert (Karl 100 %, Johann 70 %), daher ist die Summe von € 102.000,- wieder etwas revidierbar

*** Rückstände:**

Zum Stichtag € 43.000,- aus 2004 und aus Jahren zuvor. Mahnwesen wird betrieben. Am 9.5.2005 177 Personen haben offene Posten ~ € 384,00/Person.

*** Allfälliges**

Es wird weiter angeregt, dass in einer GR Sitzung die Kosten der Benützung der Turnhalle diskutiert werden soll.

5. Beratung/Beschlussfassung Jahresrechnung 2004

Amtsbericht (korrigiert):

Die Gemeinde Leogang schließt das Rechnungsjahr 2004 im OH mit einem Überschuss von € 4.750,56 ab. Das Jahresergebnis des AOH liegt bei € -1.168.366,55. Der tatsächliche Kassen(Ist)bestand am 31.12.2004 beträgt € -1.273.490,23 und setzt sich wie folgt zusammen:

Raiba Leogang	€	262.901,76
Raiba Leogang II (Milling-Neuhäusl)	€	-1.059.191,33
Raiba Leogang III (Zw.finanz. Museum)	€	-498.057,96
Volksbank	€	19.657,20
PSK	€	1.200,10
	€	<u>-1.273.490,23</u>

Die Einnahmen und Ausgaben im OH wurden mit ca. € 5,2 Mio. veranschlagt. Die Jahresrechnung weist ordentl. Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von ca. € 5,35 Mio. auf.

Die Mehreinnahmen bzw. -ausgaben ergeben sich aus folgenden Positionen:

HH-Stelle	Text	+mehr/-weniger Einnahmen	+mehr/-weniger Ausgaben
Gruppe 0			
2/060/871	Transferzlg. von Ländern - Rückzlg. Leader Bildungsoffens. (mehrere Jahre)	35.000,00	
Gruppe 2			
1/212/	HS - Mehrausgaben (Zuführung u.a.)		40.000,00
2/240/861	Kindergartensubvention	20.000,00	
Gruppe 4			
1/420/	Altersheim - weniger Ausgaben		-30.000,00
2/420/810	Altersheim Leistungserlöse	23.000,00	
Gruppe 5			
1/590/751	SAKRAF - Abgänge		9.000,00
Gruppe 6			
2/617/872	GAF Bauhof	15.000,00	
1/633/	Wildbachverbauung - weniger Ausgaben		-17.000,00
1/640/	Beschilderung, Ortseingangstafeln u.a.		9.000,00
Gruppe 7			
1/771/	Fremdenverkehr - weniger Ausgaben (OT u.a.)		-19.000,00
Gruppe 8			
1/810/	Wasser - Zuführung an den AOH		264.000,00
2/8391/	Museum - weniger Einnahmen	-42.000,00	
2/851/	Kanal - mehr Ausgaben		60.000,00
2/851/	Kanal - mehr Einnahmen	60.000,00	
1/859/	Schwimmbad, Sauna - weniger Ausgaben		-47.000,00
2/859/	Schwimmbad, Sauna - weniger Einnahmen	-80.000,00	
Gruppe 9			
1/900/	Finanzwirtschaft - weniger Ausgaben		-13.000,00
1/910/	Geldverkehr, Zinsen - weniger Ausgaben		-9.000,00
1/912/	Gebühren f. Rücklagen		-5.000,00
1/914/	Tilgungszuschüsse (Maastrichtbuchung)		-92.000,00
2/914/	Beteiligungen (Maastrichtbuchung)	99.000,00	
2/920/	Gemeindeabgaben	6.000,00	
2/925/	Ertragsanteile	18.000,00	

Die Überschüsse bzw. Abgänge in den einzelnen Bereichen betragen:

Ansatz	Text	Einnahmen	Ausgaben	Überschuss Abgang
211	Volksschule	3.310,94	89.609,39	-86.298,45
212	Hauptschule (abzgl. Leasing, Zuf. AOH, Schulerhaltungskosten Saalfelden, Zell, Lohnaufwand Langegger 70%; 5% Lohnkosten f. Vereine)	429,69	86.152,31	-85.722,62
240	Kindergarten (abzgl. Tilgung, Zinsen)	78.973,65	171.684,16	-92.710,51
420	Altersheim (abzgl. Tilgung, Zinsen, Umbau Aufenthaltsraum, Büro)	310.891,52	366.546,59	-55.655,07
810	Wasser (abzgl. Tilgung, Zinsen u. Zuf. AOH)	143.175,84	74.654,34	68.521,50
813	Müll	168.600,92	143.818,13	24.782,79
817	Friedhof (1 Mann 100%)	19.245,80	46.895,81	-27.650,01
839	Schaubergwerk (Ankauf Herd)	11.962,19	15.418,18	-3.455,99
8391	Museum (abzgl. Zuf. AOH) (Vers.f. 2 Jahre)	38.019,80	110.709,14	-72.689,34
851	Kanal (abzgl. Zuf. AOH)	1.024.431,93	951.473,08	72.958,85
859	Schwimmbad u. Sauna (korr. Lohnkosten Langegger, Schuldendienst, Maastrichtbuchungen)	95.094,99	197.612,79	-102.517,80

Die Einnahmen an Gemeindeabgaben betragen € 959.724,57 und gliedern sich wie folgt:

Abgabe	Betrag
Grundsteuer A	16.657,70
Grundsteuer B	221.158,54
Kommunalsteuer	401.567,32
Fremdenverkehrsabgaben	306.339,12
Getränkesteuer	0,00
Nebenansprüche	575,74
Verwaltungsabgaben	10.668,15
Kommissionsgebühren	2.758,00

Wir haben Ertragsanteile in der Höhe von € 1.940.934,46 erhalten und € 143.08,46 Landesumlage bezahlt.

Im AOH wurde der Kauf des Tanklöschfahrzeuges abgeschlossen, für die Restzahlungen Hauptschulbau (Raiffeisen Leasing, Fa. Herzog – Soundkonzept ua.) und für den Hochbehälter eine Zuführung (€ 264.000,00) gemacht.

BERATUNG: und BESCHLUSSFASSUNG:

Die Bürgermeisterin erläutert die Jahresrechnung 2004. Der Überschuss beträgt € 4.750,00. Für den schon bauverhandelten Hochbehälter konnte noch eine Zuführung in der Höhe von € 264.000,00 gemacht werden. Somit kann die Wasserversorgung auch für Leogang-West gesichert werden.

Für das Tanklöschfahrzeug der Feuerwehr sind noch € 36.600 angefallen.

Der Abgang pro Kind im Kindergarten liegt bei ca. 1.450,00.

Im Altersheim ist im Jahr 2004 ein Abgang in der Höhe von ca. 50.000,00 zu verzeichnen.

(Investitionen in der Höhe von € 43.000,00 für das Büro, die Arbeiten im Aufenthaltsraum, sowie die Verwirklichung des Spazierweges und des Abganges beim Eingang wurden getätigt, sind aber beim Abgang nicht berücksichtigt, da es sich um einmalige Ausgaben handelt.) Über eine weitere Personalaufstockung soll bei einem anderen Tagesordnungspunkt noch gesprochen werden.

Der Discobus wird jetzt vom Bund finanziert.

Für den Ansatz Gesunde Gemeinde wurden € 1.082,00 ausgegeben.

Die Steiflächenbewirtschaftungsprämie wurde wieder ausbezahlt. Kostenpunkt: € 23.600,00.

Bei der TKV wurden Rechnungen in der Höhe von € 14.765,00 beglichen.

Die GAF-Mittel in der Höhe von € 60.000,00 für den Bauhof sind 2004 eingegangen.

Im Bereich der Wasserversorgung konnte ein Plus von € 37.000,00 erwirtschaftet werden.

Der Überschuss bei der Abwasserbeseitigung beträgt € 73.000,00.

Im Jahr 2004 wurden Subventionen in der Höhe von € 153.000,00 gewährt.

Bestehende Rücklagen: Altersheim (€ 119.000,00), Friedhof (€ 203.000,00)

Darlehensreste am Jahresende: Schuldenart 1 = € 1.615.719,00 (Kindergarten, Museum, Milling)
Schuldenart 2 = € 6,8 Mio. (Wasser, Kanal, Schwimmbad, Altersheim)
Für die Museumserweiterung und Sonderausstellung 2003 sind in Aussicht gestellte Förderungen in Höhe von ca. € 250.000,-- nicht eingegangen (weil keine Anträge geschrieben wurden, und die Ansprüche verfallen sind). Es ist zu überlegen, wie dieser Betrag ausfinanziert wird.

Im Großen und Ganzen möchte die Bürgermeisterin festhalten, dass die Geldmittel sehr positiv verwendet wurden und dass wir auf ein gutes Jahr zurückblicken können. Hiermit übergibt sie den Vorsitz an den Vizebürgermeister Kornel Grundner und verlässt kurz den Sitzungssaal.

Der Vizebürgermeister übernimmt den Vorsitz, fragt, ob es noch Fragen gibt, und stellt auf Grund keiner weiteren Einwände den Antrag auf Beschlussfassung.

Die Gemeindevertretung beschließt die Jahresrechnung 2004 einstimmig.

6. Raumordnungsmäßige Bewilligung gem. § 24 Abs. 3 ROG 1998 „Errichtung von PKW- Abstellplatzüberdachung/- Einhausung beim Gamsbock“

Amtsbericht: Mit 03.02.2005 suchte die BBG Beratungs- und Beteiligungs- GesmbH um raumordnungsmäßige Bewilligung gemäß § 24 Abs. 3 ROG 1998 für die o.A. Baumaßnahme an. Die Bürgermeisterin hat dieses Ansuchen von 21.02.2005 bis 22.03.2005 ortsüblich an der Amtstafel kund gemacht. Im weiteren wurden die Anrainer schriftlich verständigt. Während dieser Kundmachung ist von der Fa. Tischlerei Scheiber (Anton Zehentmayer) eine schriftliche Eingabe im Gemeindeamt eingegangen. Diese schriftlich vorgebrachte Stellungnahme hat wie im **positiven Gutachten** des Ortsplaners DI Günther Poppiger vom 04.04.2005, Zahl 01/0503 nichts mit der angestrebten Einzelbewilligung zur Errichtung einer Lärmschutzmaßnahme und Überdachung zu tun. Sämtliche Stellungnahmen (WLV, Straßenverwaltung,...) sind im Bericht des Raumplaners eingearbeitet. Nach positiver Beschlussfassung wird gegenständlicher Akt der BH Zell am See zur aufsichtsbehördlichen Kenntnisnahme vorgelegt. Über die Kenntnisnahme ist binnen 3 Monaten ab Einlangen der Unterlagen mittels Bescheid zu entscheiden. Erfolgt keine bescheidmäßige Erledigung, so gilt die Anzeige als zur Kenntnis genommen und kann die Einzelbewilligung erteilt werden.

BGM:

Das Gastlokal Gamsbock kann nur mit Lärmschutz betrieben werden. Eine Einzelbewilligung ist aufgrund eines schmalen Grünlandstreifens entlang der Straße erforderlich.

Die Volksbank erhofft sich eine bessere Verwertbarkeit/Verkaufbarkeit mit Lärmschutzmaßnahmen. Die Fraktion der ÖVP hat keine Einwände.

Es ergeht der einstimmige Beschluss, gem. §24 Abs. 3 ROG dem Lärmschutzprojekt die Zustimmung zu erteilen. Die Aufsichtsbehördliche Genehmigung wird beantragt.

7. Beschlussfassung des Bebauungsplanes Neuhäusl gem. § 38 Abs. 4 ROG 1998

Amtsbericht: Der Bebauungsplan Neuhäusl wurde bereits in der letzten GV- Sitzung am 01.03.2005 vorgestellt. Die Bürgermeisterin hat den Entwurf des Bebauungsplanes von 31.03.2005 bis 29.04.2005 gemäß § 38 Abs. 2 des Salzburger Raumordnungsgesetzes 1998 kund gemacht. Bis dato (22.04.2005) sind keine Einwendungen eingebracht worden. Eine Stellungnahme der Abteilung 6/7 (Verkehrsplanung) hinsichtlich der Erschließung von der B164 in das Aufschließungsgebiet ist noch ausständig. (Stand 22.04.2005).

Im Weiteren wurde der Entwurf des Bebauungsplanes der Salzburger Landesregierung, Abteilung 7 (Raumplanung) gemäß § 38 Abs. 3 ROG 1998 vorgelegt. Eine positive Stellungnahme seitens der Abteilung 7, Herrn DI Ladislaus Barkoczi liegt vor. Nach positiver Beschlussfassung gemäß § 38 Abs. 4 erfolgt die letzte Kundmachung als Verordnung des Bebauungsplanes. Der Bebauungsplan tritt mit dem auf den Beginn der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

Bauamtsleiter Mario Payer:

Aus der Stellungnahme der Verkehrsplanungsabteilung geht nicht eindeutig hervor, dass eine Linksabbiegespur notwendig ist. Aus Sicherheitsgründen wird eine solche aber empfohlen. Die Abbiegespur steht dem Beschluss nicht im Wege. Der Bebauungsplan ist nur eine Darstellung, genauere Kosten für die Aufschließung müssen durch ein Ing.-Büro eruiert werden. Die vorgesehene Doppelparzelle ermöglicht den Bau eines Mehrfamilienhauses mit ca. 8 Wohnungen. Die BGM schlägt vor, den Bebauungsplan mit Linksabbiegespur beschließen und die weitere Beschlussermächtigung dem Bauausschuss zu übertragen.

Eine Realisierung dieses Wohnprojektes wäre sicher positiv, weil es zurzeit sehr viele Wohnungssuchende gibt (ca. 20). Eigentlich ist dies der einzig mögliche Platz, wo derzeit ein Mehrfamilienhaus entstehen kann. Jungen Familien soll eine Chance geboten werden. Auch die Wohnungen in der Stadelbauernsiedlung zeigen, dass sehr großes Interesse besteht (mehr

Interessenten als zu vergebende Wohnungen).

Vzebgm. Kornel Grundner:

Es ist sicher sinnvoll, gleich eine Linksabbiegespur zu inkludieren.

GV Unterberger Hermann:

Da es so viele Wohnungsanfragen gibt – Bedarf ist also vorgegeben – gibt es ja praktisch keine andere Möglichkeit.

GR Mitterer Paul:

Es gab/gibt Stimmen, die behaupten, wenn ein Wohnblock kommt, werde man sich sicher keinen angrenzenden Grund kaufen, aber den Bebauungsplan später zu ändern wird sicher keine Probleme geben.

Die GV beschließt einstimmig gemäß § 38 Abs. 4 b ROG 1998 den Bebauungsplan Neuhäusl. Die Errichtung einer Linksabbiegespur zur Erschießung wird ebenfalls einstimmig beschlossen, und für die weitere Bearbeitung wird die Beschlussermächtigung dem Bauausschuss übertragen.

8. Beschlussfassung Freigabe Aufschließungsgebiet Lärm (§ 23 Abs. 4 b) ROG 1998) unter Bezugnahme des beschlossenen Bebauungsplanes Neuhäusl.

Amtsbericht: Der Bebauungsplan Neuhäusl obliegt hinsichtlich Lärm genauer Vorgaben (Lärmschutzwahl im südlichen Bereich des Aufschließungsgebietes). Die von der Gemeindevertretung zu beschließende Freigabe „Aufschließungsgebietes Lärm“ ist beim Amt der Salzburger Landesregierung vorzulegen.

Die Gemeinde ist selbst Eigentümer des betreffenden Gebietes und hat somit keine Einwendungen gegen die Freigabe vom Aufschließungsgebiet Lärm zumal die Freigabe im Eigeninteresse liegt.

Bauamtsleiter Mario Payer:

Dieser Beschluss ist eine Formsache aufgrund der Lage. Dies ist im ROG so vorgesehen.

Die GV beschließt einstimmig gemäß § 23 Abs. 4 b ROG 1998 die Freigabe des Aufschließungsgebietes.

9. Grundangelegenheit Frick (Verkauf für Einkaufsmarkt) - Vorkaufsrecht

Projektbeschreibung, Kaufvertrag und Antrag um Umwidmung müsste zu Stande kommen, um diesen Punkt zu behandeln.

Amtsbericht: Die Verhandlungen mit dem Marktbetreiber ADEG sind soweit gediehen, dass eine vertragliche Regelung (Option) unterfertigt wurde. Zur Beschlussfassung über einen Verzicht auf das Vorkaufsrecht durch die Gemeinde ist die Vorlage des Vertragswerkes durch die Fam. Frick notwendig; um die Vertragsvorlage wurde ersucht.

BGM:

Es kann nur eine Diskussion geführt werden, da noch keine Unterlagen vorliegen.

BGM machte Angebot an Fam. Frick, Planer und ADEG, die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu geben, wenn die Pläne fertig sind.

Wenn die Pläne und Verträge kommen, kann eine Sondersitzung einberufen werden. So habe ich es heute mit Barbara Frick besprochen.

Vzebgm. Kornel Grundner:

Hat Gemeinde Absichten, Vorkaufsrecht zu nutzen? Wenn ein Kauf zw. Adeg und Frick zu Stande kommt, kann die Gemeinde auf das Vorkaufsrecht verzichten. Gemeinde verliert nichts.

Amtsleiter

Bei dem Kauf des Grundstückes der Hauptschule hat man den Vorkauf zusätzlich herausgehandelt. Bei Verzicht ist ein Vertrag vorzulegen, der Inhaber kann entscheiden, ob er diesem nähertritt oder verzichtet. Jetzige Unterlagen sind nicht ausreichend. Der Notar bestätigt, dass ein Beschluss zum Verzicht nicht richtig wäre.

Vom Dezember 2004 wurde nur eine Option von Fam. Frick an Fa. Adeg, den Grund zu verkaufen vorgelegt. Dies ist nur ein Angebot an die Fa. Adeg. Zu einer Kaufabsicht seitens Adeg gibt es keine schriftliche Stellungnahme. Die GV muss die vollständigen Unterlagen zur Beschlussfassung haben, da sonst keine richtige Entscheidung getroffen werden kann.

Herr Zehentner Alois

Der Vertrag von Frick/Adeg kann in der GV ohne weiteres vorliegen, da dieser auch im Grundbuch öffentlich einsehbar ist.

GR Mitterer Paul:

Wenn eine Beschleunigung des Verfahrens möglich ist, wäre es auch kein Problem, dass die GV sagt, wenn ein Kaufvertrag zu Stande kommt, auf das VKR verzichtet wird.

10. Beratung / eventuelle Beschlussfassung Übernahme der „Grundner-Neubruich-Straße“ als Gemeindestraße

Amtsbericht: Im Zuge einer Anrainerbesprechung wurde bzgl. Asphaltierung dieser Straße eine Finanzierungsvereinbarung aller Beteiligten getroffen. Auf Grund der wesentlichen Änderung (Parkplatznutzung) ersucht Rupert Schwabl, Obergrundbauer, Grundeigentümer der Straße, dass nach erfolgter Asphaltierung diese Aufschließungsstraße als Gemeindestraße I. Ordnung übernommen wird.

BGM:

Diese Straße verläuft um den Friedhofparkplatz. Anrainer stehen der Mitfinanzierung sehr positiv gegenüber. Die enorme Staubbelastung soll wegfallen.

Vorschlag: Die Kosten von €23.280,- werden halbiert - Gemeinde/Anrainer

Die Anraineranteile wurden nach den Kanalpunkten errechnet. Auf die Gemeinde entfallen € 3.50/m². Jürgen Grießner hat sich bereit erklärt, freiwillig € 1000,- beizusteuern.

Dem Obergrundbauer wurde mitgeteilt, dass für Fall des Verkaufes des angrenzenden Grundstückes der Käufer einen angemessenen Anteil zu entrichten hat. € 500,- werden für die Benutzung der Straße mit landwirtschaftlichen Geräten vom Obergrundbauer beigesteuert.

Vom Obergrundbauer besteht der Wunsch, diese Straße als Gemeindestraße zu übernehmen, da diese Straße starken Öffentlichkeitscharakter hat.

Die Fraktion der ÖVP hat keine Einwände.

Es ergeht der einstimmige Beschluss, die Grundner-Neubruich-Straße als Gemeindestraße 1. Ordnung zu übernehmen.

10a. Parkplatzgestaltung Friedhof

Die Beschlussempfehlung aus dem Bauausschuss wird vorgestellt, woraus hervorgeht, dass 90 Grad Parker von Vorteil sind, da im Winter Markierungen nicht sichtbar sind, und sowieso im 90°-Winkel geparkt werden wird. Es geht um 39 Parkplätze. Die Kosten und die Vergabe wurden bereits beschlossen.

Es ergeht der einstimmige Beschluss, die veränderte Form der Gestaltung zu realisieren.

ÖVP (Vzbgm Kornel Grundner) – Einwurf zu Asphaltierungsarbeiten Sillaber

Es hat keine Gespräche mit Nachbarn gegeben. Es gibt kein Oberflächenwasserkonzept.

BGM:

Ein Abfluss ist sehr wohl geplant, 50% zahlt Fa Freund, 50% die Gemeinde.

Nach kurzer Diskussion wird festgestellt, dass die Anrainer vom Planer nicht informiert wurden, und es wird vereinbart, dass am 13.05.2005 der Planer darauf aufmerksam gemacht wird, dass es mehrere Anrainer gibt.

Einschub Winterreitwanderweg

BGM:

Eine Erhebung der Zahl von Pferdeliebhabern sowie aktiven Reitern wurde durchgeführt. 31 Personen haben Interesse an einem Winterreitwanderweg. Es soll eine Zusammenkunft mit all diesen Interessenten gemacht werden. Ein Ausschuss soll hierzu die Vorberatung durchführen. Es werden eventuell Rückfragen in Saalfelden angestellt.

Vzbgm. Kornel Grundner:

Dieser Reitweg wäre entlang der Langlaufloipe Ecking in Form einer zweiten Spur gut, wenn die Grundeigentümer einverstanden sind.

Eine Behandlung dieses Themas könnte vielleicht auch im TVB erfolgen. Es wäre sicher eine Bereicherung.

GV Herzog Sebastian:

Dies würde auch eine Möglichkeit schaffen, Pferdeschlittenfahrten zu machen - somit wieder touristisch einsetzbar.

Allseits besteht das Einverständnis, diese Idee weiter zu verfolgen.

11. Beleuchtung des Radweges Abschnitt Hütten-Leogang

In der Tourismus-, Wirtschafts- und Verkehrsausschusssitzung am 20.04.2005 informierter Vzbgm. Kornel Grundner, dass die erste Etappe der Beleuchtung Hütten – Leogang bereits bis Asitz durchgeführt wurde und positive Rückmeldungen hervorgerufen hat. Der Bauhof (Herzog Sepp, Riedlsperger Sepp) hat eine Aufstellung der Kosten, Material und Lichtpunkte für die restliche

Strecke ausgearbeitet. Die Gesamtkosten für die Beleuchtung Asitz – Leogang betragen ca. € 58.310,-, im Budget sind € 25.000,- vorgesehen. Eigenleistungen der Arbeiter sind in der Kalkulation nicht enthalten.

Die Bürgermeisterin schlägt vor, die Strecke Asitz – Krallerhofeinfahrt heuer zu erledigen (Kosten ca. € 27.250,-) und die restliche Strecke im nächsten Jahr vorzunehmen. Auch von der Arbeit her würde das, lt. Bauhof, in einem Jahr zuviel werden. Im Budget 2006 sollen € 31.000,- für die restliche Beleuchtung Hütten – Leogang berücksichtigt werden.

BGM:

Der Verkehrsausschuss hat dies behandelt.

Beim Kraftwerksbau HARTL wurden schon Vorkehrungen (Stromleitungen) getroffen.

Vzebgm. Kornel Grundner:

Im Budget 2005 wurden € 25.000,- vorgesehen.

Der Antrag auf Zustimmung zur Beleuchtungseinrichtung von Hütten Asitzparkplätze bis zur Krallerbrücke und die Bereitstellung von € 31.000,- für 2006 für die restliche Strecke wird gestellt.

Es ergeht der einstimmige Beschluss zur Errichtung der Teilstrecke Asitz-Krallerbrücke.

12. Parkplatzgestaltung Rosental

Der Parkplatz Rosental ist zu eng gestaltet und stellt vor allem im Winter größere Probleme dar. In der Sitzung des Tourismus-, Wirtschafts- und Verkehrsausschusses am 20.04.2005 wurde vorgeschlagen, den untersten Baum des Parkplatzes zu entfernen, und somit die Einfahrt zu verbreitern. Die restlichen Bäume und Inseln könnten etwas verkleinert werden. Als Entschädigung für den wegfallenden Baum, der für die Bienenzüchter als Frühblütler sehr wichtig ist, sollen dem Imkerverein Leogang zwei Bäume übergeben werden.

Vzebgm. Kornel Grundner berichtet aus Verkehrsausschuss

Es gibt den Beschluss, den ersten Baum zu entfernen. Bei den anderen Bäumen soll die Grüninsel so weit wie möglich entfernt werden. Einer der Anrainer wollte alle Bäume entfernen, vorher aber sollten Bäume belassen werden.

BGM:

Die Wurzeln bei den Inseln sind so hoch, dass die Einfassungen nicht verkleinerbar sind. BGM schlägt vor, den ersten Baum entfernen, und selber 2 Bäume einzusetzen.

GR Morokutti Bernhard:

Eine Parkverbotstafel für LKW's wäre sehr sinnvoll. Laut StVo besteht hier sowieso Parkverbot für LKW's.

GV Unterberger Hermann:

In Salzburg gibt es vielfach konische Einfassungen. Ein Randstein entfällt somit, und es gäbe keine Beschädigungsmöglichkeit für Reifen und Felgen.

Der Antrag auf Entfernung des ersten, und Setzen zweier Bäume wird einstimmig beschlossen.

13. Beratung über Fahrzeugankauf (Unimog mit Kehrmaschine, Toyota Dyna mit 3-Seiten-Kipper) - Beschlussfassung

Amtsbericht: Die Gemeindevorstellung hat in der letzten Sitzung im Beisein von Bauhofleiter und Wasserleitungswart ausführlich die anstehenden/notwendigen Fahrzeugkäufe diskutiert. Allgemein wird die Notwendigkeit der Investitionen bestätigt, vor allem wenn die hohe Qualität verschiedener Arbeiten (z.B. Schneeräumung, Straßenkehrung) auch in Zukunft garantiert werden soll. Detaillierte Kostenangebote einschl. Finanzierungsvarianten wurden angefordert und sind bis zur Sitzung vorliegend.

Angebot Fa. Mercedes-Benz vom 25.04.2005: Kaufpreis netto € 255.600,- für Neu-Unimog U400 einschl. Neu-Aufsatzkehrmaschine TK 35/TK50

Angebot Fa. Wadlegger vom 14.04.05: Kaufpreis netto € 26.420,- für Toyota Dyna 150 2,5D-4D incl. aufgebautem 3-Seiten-Kipper lt. Angebot Fa. Kals

BGM:

Das Thema wurde bereits in der Gemeindevorstellung diskutiert.

Ein Kostenvoranschlag in der Höhe von € 306.000,- für Unimog mit Kehrmaschine liegt vor. Man gewährt 6% Rabatt, wenn das Gerät als Ausstellungsobjekt zur Verfügung gestellt wird. Weiters wurde 1 Garnitur Schneeketten zusätzlich ausgehandelt.

Die Beschlussermächtigung soll der Gemeindevorstellung übergeben werden.

Amtsleiter:

Fa. Rieger (Saalfelden) hat vorgeschlagen, die Preise über Internet europaweit auszuschreiben.

Vzebgm. Kornel Grundner:

Die Entscheidung, welcher Typ gekauft wird, kann in der Gemeindevorstellung gefällt werden, aber

ob gekauft wird, sollte in der Gemeindevertretung beschlossen werden.

Derzeit ist der Unimog sehr viel im Einsatz.

Eine Vergabe von Kehrarbeiten an Fremdfirmen ist nicht reell, da nach dem Winter keine Geräte verfügbar sind. Ein drittes Fahrzeug kann mit dem derzeitigen Personal besetzt werden. Das alte Fahrzeug soll, um Engpässe zu vermindern behalten werden.

BGM:

In der GR war die Meinung zum Unimog sehr positiv. Man diskutierte eine Leasingvariante.

Die Kehrmaschine ist sehr universell und wird für viele Arbeiten eingesetzt.

GV Zehentner Harald:

Muss ein Unimog angeschafft werden? Wird er wirklich benötigt? Kann man das nicht mit anderen Geräten erledigen? Viele Gemeinden haben keinen Unimog.

GV Unterberger Hermann:

Die Bergbahnen Saalbach Hinterglemm sind auf Erdgas umgestiegen. Kann ein Unimog mit Gas betrieben werden? Dies sollte in Anbetracht der Umweltfreundlichkeit überdacht werden.

Vzebgm. Grundner Kornel:

Der BBSH-Skidoo hat ganz gut funktioniert. Das Pistengerät war ein Flop. Die Technik ist hier noch nicht ausgereift.

GR Zehentner Alois:

Ist Kehrmaschine schon so alt? Warum sollen wir sie austauschen?

BGM und Amtsleiter:

Die Kehrmaschine ist alt und immer wieder reparaturbedürftig.

DER ANKAUF EINES UNIMOG`S WIRD NOCH NICHT BESCHLOSSEN.

Die BGM zu Toyota Dyna:

Die Gemeinde Saalfelden hat ein Fahrzeug von Renault bestellt. Dieses ist um ca. € 4.000,-- billiger. Vor Ankauf eines Dyna sollte man dieses Fahrzeug noch besichtigen.

Vizebgm. Kornel Grundner

Es sollte schon beschlossen werden, dass ein solches Fahrzeug gekauft wird. Es muss nicht der Typ festgelegt werden, nur der Gebrauchszweck und der Preisbereich.

Es ergeht der einstimmige Beschluss, ein solches Fahrzeug anzuschaffen, Preis max. € 26.600,--. Für die Entscheidung über die Type des Fahrzeuges wird die BGM bevollmächtigt.

Nächste Sitzung:

Thema Schneefräse für Griesen behandeln!

14. Stellenplanerweiterung Altenheim

Amtsbericht: Im Pflegebereich ist bei den diplomierten Mitarbeiterinnen auf Grund des zunehmenden Pflegeausmaßes, vor allem auch wegen der zu erfüllenden Nachdienste, ein Engpass zu verzeichnen. Für eine Neuaufnahme ist auch die Erweiterung im Stellenplan notwendig. Die Gemeindevertretung möge auf Grund der Zuständigkeit beschließen, dass für den Pflegebereich eine zusätzliche Planstelle beschlossen und bei der Gemeindeabteilung dafür die aufsichtsbehördliche Genehmigung beantragt wird.

Amtsleiter:

Frau Haneder, die derzeit im Sanatorium Ritzensee beschäftigt ist, hat sich beworben. Sie hat eine sehr umfangreiche Ausbildung, großes Interesse und möchte sich persönlich verändern. Caroline Eder ist sie bekannt. Sie wäre eine Bereicherung und Entlastung für Caroline und Steffi.

Weiters hätte sich eine Pflegehelferin gemeldet, aufgrund der gesetzlichen Lage muss aber eine diplomierte Fachkraft genommen werden.

BGM:

Für die Pflegerinnen soll ein Abschalten in der Freizeit möglich sein. Derzeit muss Caroline immer erreichbar sein, und kann so nie richtig abschalten.

Vizebgm. Kornel Grundner

Die Erweiterung ist sicher notwendig. Eine Ausschreibung per Postwurf ist vielleicht noch notwendig.

Eine neue Planstelle für das Altenheim Leogang wird einstimmig beschlossen.

15. Beratung/Beschlussfassung diverse Förderansuchen

a. Helfer auf vier Pfoten

Das Angebot tierunterstützter Therapieangebote für Kinder mit Behinderungen soll belebt und

erweitert werden. Der Verein sucht daher um Starthilfe an.
Der genaue Tätigkeitsbereich ist in Anlage 2 ersichtlich.

Ein Zuschuss wird einstimmig nicht gewährt - wenn es LeogangerInnen betrifft, dann Direktförderung.

b. Trachtenverein d` Spielberger - Jubiläumsgabe

Der Trachtenverein d` Spielberger begeht heuer das 75.Jahr-Jubiläum. Ich schlage vor, dem Trachtenverein eine Uniform oder eine Ziehharmonika beim Festakt zu übergeben. Den Obmann Fritz Kranawendter habe ich beauftragt, Kostenangebote einzuholen.

BGM:

Die Präferenz ist eine Ziehharmonika. Die Spielberger setzen sehr viel selbst ein. Die Tracht wird selbst geschneidert. Die Festzüge sind sehr schön, traditionell und ohne Kitsch. Es gibt 2 Harmonikas €2.680,-- und €3.411,-- zur Auswahl.

Vzebgm. Kornel Grundner:

Es gibt immer ein positives Echo bei den Veranstaltungen. Der Verein zeigt sehr viel Engagement und hat viele junge Mitglieder. Die höhere Summe sollte gewährt werden, da der Verein sonst keine anderen Subventionen bekommt.

Die GV beschließt einstimmig, dem Trachtenverein d` Spielberger im Rahmen der Jubiläumsfeier eine Ziehharmonika im Wert von € 3.411,-- zu spenden.

c. Zuschuss Sportclub Leogang

Der Sportclub Leogang sucht wie in den vergangenen Jahren um einen Zuschuss in der Höhe von €14.537,57 an. Zusätzlich wird um eine Erhöhung dieses Zuschusses um €2.000,-- gebeten.

BGM:

Der Zuschuss war in den letzten Jahren immer gleich.

Die Erhöhung um €2.000,-- resultiert daraus, weil:

- es seit 1997 keine Erhöhung des Zuschusses gab
- Eine Erfrischung (Rasenbelüftung) €6.000,-- kostet, und heuer ansteht, und
- weil ein Vertikutierer angekauft werden soll.

Die GV beschließt einstimmig, den Sportclub Leogang in Zukunft jährlich mit € 17.000,-- zu bezuschussen.

d. Unterstützung Kinderspielgruppe

Die Bürgermeisterin berichtet über die Situation:

Derzeit werden 39 Kinder in 3 Gruppen betreut. Betreuerinnen sind: Hörhager Rosi, Riedlsperger Ingrid, Riedlsperger Elke, Renate Zehentmayer

Eigene Räumlichkeiten zum Unterbringen der Utensilien würden benötigt. Hierzu könnte ein Teil des alten ÖGB Heimes verwendet werden. Die Volkshilfe stellt sich eine Miete von €100,--/Monat vor, diese könnte die Gemeinde in Form einer Zuzahlung übernehmen. Die €1.500,-- Budget sollten aber nicht für die Miete verwendet werden.

Die Bürgermeisterin stellt den Antrag auf Beschluss zur Mietzahlung und €1.500,-- Förderung.

Es ergeht der einstimmige Beschluss, die monatliche Miete in der Höhe von € 100,-- und einen Jahreszuschuss von €1500,-- zu gewähren.

e. Unterstützung Berg- und Naturwacht

Nach kurzer Beratung wird einstimmig beschlossen, € 50,-- zu überweisen.

f. Unterstützung Grukodilfarm

In dieser Einrichtung wird unter anderem eine Bewegungstherapie für Behinderte geboten.

Vzebgm. Kornel Grundner:

Zurzeit wird ein WC und ein ordentlicher Eingangsbereich gebaut. Die Gesamtkosten NETTO liegen bei €32.000,--. Im letzten Jahr geriet man in ein leichtes Minus (€711,--). Auch aus Leogang sind 2 Kinder in dieser Einrichtung in Betreuung. Es ergeht der Vorschlag, Unterstützung für die Erweiterung zu gewähren.

Die BGM wundert sich, dass die ÖVP jetzt diese Förderung unterstützt, da sie in der vergangenen Funktionsperiode denselben Förderungswunsch vorgebracht hat, und dieser von Seiten der ÖVP abgelehnt wurde.

Eine Unterstützung in der Höhe von € 1500,-- wird einstimmig beschlossen.

16. Beratung/Beschlussfassung über Einführung einer Rasenmähverordnung

Soll nach dem Vorbild der Gemeinde Saalfelden eine Rasenmähverordnung erlassen werden?
Entwurf liegt als Beilage 3 bei.

Es wurde einstimmig beschlossen, keine Verordnung zu erlassen. Eine Empfehlung sollte bei Gelegenheit auf einem Postwurf vermerkt werden.

17. Beratung/Beschlussfassung über ortspolizeiliche Verordnung betr.

Feuerwerke

Amtsbericht: Ergänzend zum GV Beschluss hat zwecks Rechtssicherheit/-wirksamkeit der entsprechende Verordnungstext beschlossen zu werden. Der Verordnungsentwurf liegt als Anlage 4 bei.

Die BGM bemerkt, dass es eine ortspolizeiliche Verordnung geben muss, sonst ist der GV Beschluss nicht rechtens. Sollen Großfeuerwerke der Klasse 4 verboten werden, eine Ausnahme für Silvester geschaffen werden?

Vzebgm. Kornel Grundner:

Man sollte die Verordnung wie besprochen einführen, aber kein generelles Verbot für die Klasse 4 erteilen.

GV Unterberger Hermann

Wenn Großfeuerwerke z.B. an Silvester statt finden, gibt es sicher keine Anzeigen. Sonst aber sollte es schon ein generelles Verbot geben.

Es ergeht der einstimmige Beschluss, die vorliegende Verordnung einzuführen, wobei die Formulierung des generellen Verbotes entfernt wird.

18. Beratung/Beschlussfassung „Friara wia heit“ - Ankauf von DVD`s durch Gemeinde

Von der Leoganger Kinderkultur wird das Video „Friara wia heit“ in Form einer DVD und einem Begleitbüchlein veröffentlicht. Es geht um den Ankauf von ca. 200 Stk. DvD`s zu je ca. € 20,-.

Die BGM: Dies wäre ein Gästeehrungsgeschenk statt den Vasen. Wie viele sollen angekauft werden?

Nach kurzer Diskussion ergeht der einstimmige Beschluss, 100 Stk. DVD`s anzukaufen.

19. Beratung/Beschlussfassung Kostenkorrektur Hinweisschilder entlang B164

Für die Schilder entlang der B164 wurden letztes Jahr Rechnungen in der Höhe von € 170,00/Schild verschickt. Die € 170,00 setzten sich auf den Kosten für die Paneele (Fa. Bayer), der Beschriftung (Fa. Margesin) und einem kleinen Beitrag für die Arbeit der Gemeindearbeiter zusammen. Nachdem sich viele Gemeindebürger beschwerten, dass die Kosten überhöht seien, und sie nicht bereit wären diese Rechnung zu zahlen, da sie bei Bestellung des Schildes mitgeteilt bekommen haben, dass das Schild ca. S 500,00 kosten wird, wurden neue Angebote eingefordert. Die Fa. Bayer würde ein Schild (gleiche Qualität) zu einem Gesamtpreis von € 97,27 herstellen. Die BGM befindetet, dass die Kosten auf € 100,- korrigiert werden sollten.

Es ergeht der einstimmige Beschluss, die Kosten auf € 100,-- zu korrigieren.

20. Beschlussfassung Resolution bessere Bahn- und Busverbindung in Österr.

Amtsbericht - Resolutionstext:

Die Unterstützerinnen und Unterstützer fordern den Verkehrsminister auf, für Österreich ein Gesamtkonzept für bessere Bus- und Bahnverbindungen zu erstellen. Das Ziel ist, dass mehr Menschen Bus und Bahn benützen. Dafür ist in Österreich das Angebot auszuweiten und eine Qualitätsoffensive zu starten. Ein dichtes Bus- und Bahnnetz sichert die Mobilität für alle Altersgruppen. Nach Schweizer Vorbild sollen im Gesamtkonzept „Bus und Bahn 2020“ die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele festgeschrieben werden.

Die ÖVP ist von der Resolution nicht sehr begeistert.

GR Mitterer Paul:

Eine Unterstützung vom Land muss vorhanden sein, sonst bringt eine Resolution nichts.

GV Unterberger Hermann:

Wenn im Protokoll steht, dass dies nicht beschlossen wurde, kommt das nicht gut in der Bevölkerung an, da viele nicht wissen, was eine Resolution ist. Er stellt daher den Antrag um

positive Abstimmung.

Die Resolution wird mit den Stimmen der SPÖ-Mandatare + Josef Grießner (ÖVP) angenommen.

21. Beratung/Beschlussfassung Ansuchen Wohnbauförderung Erich Zehentner, Rosental 68

Landeswohnbauförderung wurde für die Sanierung gewährt.

Amtsleiter:

Für die Schaffung von Wohnraum gibt es die Wohnbauförderung und für den Ankauf alter Objekte eine geringere Förderung. Für Sanierungen lt. Sonderwohnhaussanierungsgesetz ist keine Förderung seitens der Gemeinde vorgesehen.

In Zukunft sollen solche Punkte nicht mehr in der GV abgehandelt werden.

22. Allfälliges

Bericht Tourismus-, Wirtschafts- und Verkehrsausschusssitzung am 20.04.2005:

Bericht Verkehrsausschuss

Vzabgm. Kornel Grundner berichtet aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 20.04.05:

Die Kurzparkzone vor dem TVB ist für diesen und auch für die Raika sehr wichtig. Fam. Madreiter hätte eine Änderung gewünscht, ein Abwarten ist aber auch möglich. Im Verkehrsausschuss wurde beschlossen, die Kurzparkzonenregelung beizubehalten.

Weiters wird kurz das Protokoll der Verkehrsausschusssitzung abgehandelt.

Die Geschwindigkeitsanzeige für die B164 ist sehr positiv, man sollte eventuell ein zweites Gerät anschaffen.

Meldewesen

Es wird auch auf die schlechte Meldemoral hingewiesen. Hierzu gibt es bereits einen Termin mit der Fa. Kufgem. Das Online-Meldewesen wird dabei vorgestellt.

illegale Bautätigkeit / Mülldeponien

Des Weiteren wird von der ÖVP bemerkt, dass sog. Mülldeponien und Verhüttungen zunehmend auftreten. In Ecking wird beispielsweise ohne Genehmigung eine Garage oder dergleichen errichtet. Die BGM hat heute ein Schreiben formuliert, in welchem nachgefragt wird, was hier gebaut wird. Die BGM muss wissen, wo was gebaut wird, dann werden Maßnahmen gesetzt, dem entgegenzuwirken.

Arbeitskreis „REK“

Ein Arbeitskreis „REK“ sollte gegründet werden.

Die BGM schlägt vor, den Bauausschuss beraten zu lassen. Zum Arbeitskreis sollten auch Bürger unserer Gemeinde gehören.

Amtsleiter

Es haben sich bei den letzten Abänderungsverfahren kaum Grundbesitzer dafür interessiert.

GR Mitterer Paul:

Man sollte durch Leogang gehen, und gezielt Entwicklungen festsetzen. Erst dann sollen Kontakte mit Personen geknüpft werden.

Baustelle HARTL

Die BGM trägt weiters vor, dass es Beschwerden gibt, die „HARTL-Kraftwerks-Baustelle“ würde zu langsam rekultiviert. Sie war heute an Ort und Stelle – Es ist fast alles schon wieder in Ordnung, man befindet sich in der letzten Bauetappe. Diese Woche noch soll die Rekultivierung bis zur Mühlwiese erfolgen. Nach Pfingsten wird der Rest in Angriff genommen, und Bäume gepflanzt. Die freie Fläche neben der Kraller-Brücke könnte für verschiedene Zwecke verwendet werden.

Weitsprunganlage

Diese und die Laufbahn sollte so bald wie möglich saniert werden. Die Sanierung soll in kleiner Form, wie bereits besprochen, durchgeführt werden. Der Auftrag an den Bauhof wird erteilt.

Keine weiteren Wortmeldungen - Schluss der Sitzung um 23:35 Uhr.

Der Schriftführer

Die Vorsitzende